

Versteckte Milliardenflüsse

Die Renten der Pensionskassen waren 2018 um 5 Milliarden Franken zu hoch

Die starke Umverteilung bei den Pensionskassen zulasten der Jüngeren hat sich laut den neusten Daten auch 2018 fortgesetzt. Nachhaltigkeit ist zwar in der Umweltpolitik derzeit in Mode, doch bei der Altersvorsorge gilt das Gegenteil.

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Pensionskassen haben 2018 das Alterskapital der Erwerbstätigen im Durchschnitt mit etwa 1,5 Prozent verzinst. Das zeigen die am Dienstag publizierten Daten der Oberaufsicht der beruflichen Vorsorge. Weit höher war die Verzinsung der Rentnerkapitalien. Der Durchschnitt der Umwandlungssätze aller laufenden Renten dürfte laut Schätzung der Zürcher Beratungsfirma Prevanto bei etwa 6,4 Prozent liegen – das heisst pro 100 000 Franken Alterskapital fliesst eine Jahresrente von 6400 Franken.

Hinter dem besagten Umwandlungssatz stehen Annahmen über die Lebenserwartung und eine Renditegarantie für das Alterskapital von 4 bis 4,5 Prozent. Das Alterskapital der Rentner wurde also letztes Jahr fast dreimal so hoch verzinst wie das Kapital der Erwerbstätigen. Bei einheitlicher Verzinsung hätten die Erwerbstätigen 6 bis 7 Milliarden Franken zusätzlich bekommen und die Rentner so viel weniger.

Überhöhte Renten

Die Oberaufsicht berechnet die Umverteilung mit einer etwas anderen Methode, die berücksichtigt, dass die überhöhten Renditeversprechen für die Rentner zum Teil schon in den letzten Jahren zulasten der Erwerbstätigen nachfinanziert wurden. Gemäss Rechnung der Oberaufsicht waren die Rentner 2018 zulasten der Jüngeren noch mit total 5,1 Milliarden Franken subventioniert, und im Mittel der letzten fünf Jahre belief sich die jährliche Umverteilung auf 6,7 Milliarden Franken. In dieser Lesart waren die laufenden Renten im vergangenen Jahr um gegen 20 Prozent zu hoch.

Einmal mehr betonte die Oberaufsicht, dass der gesetzliche Mindestumwandlungssatz von zurzeit 6,8 Prozent deutlich sinken sollte. Doch die Politik tut sich damit chronisch schwer. Gemessen an Empfehlungen der Kammer der Pensionskassenexperten für langfristig zu erwartende Anlagerenditen läge ein rechnerisch korrekter Um-

wandlungssatz bei etwa 5 Prozent. Die Pensionskassen kompensieren den massiv überhöhten Mindestumwandlungssatz zum Teil durch tiefere Renten auf dem überobligatorischen Kapital (wo es keine gesetzlichen Schranken gibt). Dies führt zu einer weiteren systemfremden Umverteilung – hier von Gutverdienern zu tieferen Einkommen. Die Branche hat in den letzten Jahren den durchschnittlichen Umwandlungssatz für Neurentner laufend gesenkt. Dieser Trend geht weiter. In fünf Jahren beträgt dieser Satz laut Erhebung der Oberaufsicht im Mittel noch etwa 5,4 Prozent.

Nachhaltigkeit à la carte

In der Umweltpolitik ist die Idee in Mode, kommende Generationen nicht mit grossen Hypotheken zu belasten. Der politische Wahlrend in der Schweiz deutet auf eine Art «grüne Welle» hin. Ob das Wahlverhalten den Bürgern nur der Beruhigung des Gewissens dient oder ernst zu nehmen ist, wird sich allerdings erst künftig zeigen – zum Beispiel bei Volksabstimmungen über Vorlagen, die direkt ans Portemonnaie gehen.

Weiterhin ausser Mode ist die Nachhaltigkeit in der Altersvorsorge. Das Abschieben von Hypotheken auf kommende Generationen scheint hier nach wie vor sehr populär zu sein. Ausgerechnet die Grünen kämpfen in Eintracht mit der traditionellen Linken an vorderster Front gegen die Eindämmung der Umverteilung zulasten der Jüngeren – eine Eindämmung, die durch Senkung des Umwandlungssatzes und Erhöhung des Rentenalters ermöglicht würde.

Spricht man Grüne auf ihre Widersprüche in Sachen Nachhaltigkeit zwischen Umweltpolitik und Altersvorsorge an, sind einzelne Eingeständnisse zu hören. Aber vor allem hört man den Hinweis, dass eine Erhöhung des Rentenalters und die Senkung des Umwandlungssatzes sozialpolitisch problematisch seien. «Nachhaltigkeit» ist also nur relevant für grüne Politik, wenn es nicht im Widerspruch zu anderen Zielen steht.

Nachhaltigkeit in der Altersvorsorge hiesse Verzicht der Älteren auf Privilegien zugunsten der Jüngeren. Die Sache ginge direkt ans Portemonnaie. Dummerweise ist in der Altersvorsorge die Umverteilung zwischen den Generationen eng mit der Umverteilung zwischen «oben» und «unten» verbunden. Je stärker der Sanierungsbedarf durch Leistungsreduktionen bzw. durch Erhöhung des Rentenalters statt durch Mehreinnahmen geschieht, desto stärker wird die

Umverteilung zwischen den Generationen gebremst – und desto eher wird in der Tendenz auch die Umverteilung von oben nach unten reduziert. Links-Grün kämpft für möglichst viel Umverteilung von oben nach unten und nimmt die damit verbundene Belastung der Jüngeren bewusst in Kauf.

Zudem gilt für die derzeitigen Subventionen im Rentensystem, was im Prinzip für alle Subventionen und sonstigen Privilegien gilt: Sind sie einmal beschlossen, bringt man sie nur noch schwer weg. Dies hat mit der menschlichen Psyche zu tun, die geprägt ist durch starke Verlustabweisung: Ein Verlust von einem Franken tut viel mehr weh, als ein gleich grosser Gewinn Freude bereitet. Die Bedeutung der Besitzstandswahrung hat in der Altersvorsorge ein extremes Ausmass angenommen. Eine Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen wird reflexartig als «Sozialabbau» verschrien, selbst wenn die Korrektur in erster Linie die Reduktion der Teuerung und die Verlängerung der Lebenserwartung spiegelt und viele ältere Versicherte zudem sehr wohlhabend sind.

Höhere Kaufkraft

Als 1985 das Gesetzesobligatorium für die berufliche Vorsorge in Kraft trat, blickte die Schweiz auf zwei Jahrzehnte mit einer durchschnittlichen Teuerung von über 4 Prozent pro Jahr zurück. In den letzten zwanzig Jahren betrug die Teuerung im Mittel dagegen nur noch etwa 0,5 Prozent. Weil der 1985 ins Gesetz geschriebene Mindestumwandlungssatz auf stark überhöhten Teuerungsannahmen beruhte und seither nur eine kleine Senkung des Mindestumwandlungssatzes politisch möglich war, lag die Kaufkraft des Rentenniveaus laut Berechnung der Zürcher Beratungsfirma PPC Metrics schon vor einigen Jahren etwa ein Viertel höher als ursprünglich geplant. Ähnliches zeigte im vergangenen Jahr eine Studie der St. Galler Beratungsfirma c-alm im Auftrag des Pensionskassenverbands. Zudem wuchs die gesamte Rentenleistung seit 1985 wegen des Anstiegs der Lebenserwartung um 15 bis 20 Prozent, und dies trotz Erhöhung des Frauenrentenalters.

Selbst eine deutliche Senkung der nominalen Jahresrenten brächte keine Reduktion der realen Rentenleistung im Vergleich zu 1985. Politiker und Lobbyisten bestreiten solche Überlegungen nicht. Aber wer dies den Bürgern erklären will, kann keine Popularitätserwartungen erwarten.